

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/56. Jahrgang

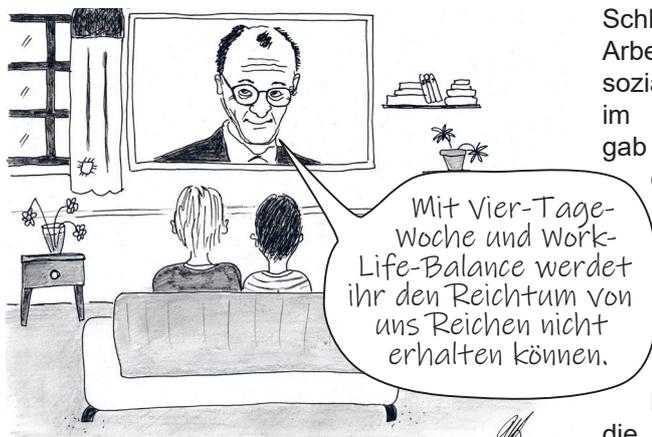
Juni 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

Die Gummiinsel in Gießen – wenn der Bürger erschaudert

Der Tag der Städtebauförderung war auch in Gießen ein Grund, sich auf die Schulter zu klopfen.

Die Quartiersmanagerin der nördlichen Weststadt, Annke Rinn, erzählte aus ihrer Schulzeit über den Ruf, welchen die Gummiinsel damals hatte: „Vor der Gummiinsel wurden wir Schüler immer gewarnt.“ (Gießener Anzeiger, 13.5.25). Die Siedlung wurde 1936 und 1939 von der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH Gießen – Vorgängerin der heutigen Wohnbau – gebaut. Sie wurde in der Nähe der Gummifabrik Poppe errichtet. Bauplatz war ein hochwassergefährdetes Gelände am Stadtrand. Auch damals war es eine Art „Sozialprojekt“. Viele der Bewohner sollten sesshaft gemacht werden, fahrendes Volk vom Rummelplatz, Hausierer, Schrottlter und



Eisverkäufer. Die Frauen arbeiteten in der Gummifabrik Poppe & Co. Während des Faschismus wurden die Bewohner als sogenannte „Asoziale“ schikaniert. Teilweise wurden sie ins KZ gesteckt und vertrieben. Aber trotz allem kehrten nach 1945 viele Bewohner zurück oder hatten den Faschismus in Gießen überstanden. Ab 1966 entstanden neue

Schlichtbauten für Obdach- und Arbeitslose, die schnell zum sozialen Ghetto wurden. Arbeit im produzierenden Gewerbe gab es aber trotzdem noch. Als dann die Industrie in Gießen verschwand (ab den 1980er-Jahren), traf es Stadtteile mit einem hohen Arbeiteranteil, also auch die Gummiinsel. Schon im Ruhrgebiet hatte sich gezeigt, dass die betroffenen Stadtteile sich kaum erholten. Die Zahl der Bürgergeldempfänger in der nördlichen Weststadt – zu der die Gummiinsel gehört – liegt bei etwa 33,5%, was deutlich über dem städtischen Durchschnitt liegt.

So gut es ist, dass sich die Wohnverhältnisse der Menschen verbessert haben, so bleibt das Hauptproblem bestehen: Die vernichteten

Fortsetzung auf S. 2

Uniklinikum	S. 2
Kurz und Gießen: Anträge der DKP im Stadt- parlament	S. 3
Surfparadis Gießen, Sportentwicklungsplan	S. 4
Mieten in Gießen	S. 5
Goebbels Propaganda, Erinnerungskultur	S. 6
Kriegstüchtigkeit – eine deutsche Sucht	S. 7

„Gesichert Rechtsextreme“ – oder Wie man den Teufel mit dem Beelzebub austreibt

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die AfD als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft.

Es ist unbestritten, dass die AfD ausländerfeindliche Hetze und Parolen verbreitet und die NS-Vergangenheit bagatellisiert. Aber was heißt „rechtsextrem“ oder gar „gesichert rechtsextrem“? Und was

bedeutet überhaupt „links“ und „rechts“?

Seit der Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts saßen die Reichen im Parlament rechts und die Besitzlosen links vom König. Diese Sitzordnung übertrug sich bis heute auf die poli-

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1: **Die Gummiinsel in Gießen – wenn der Bürger erschauert**

Arbeitsplätze hatten für relativ einfache Tätigkeiten recht viel Geld eingebracht. Die von der Arbeitsplatzvernichtung betroffenen Personengruppen werden sehr schwer

neue Arbeit bekommen und diese wird schlechter bezahlt sein. Für uns als Kommunisten ist das nicht akzeptabel. Uns geht es um gesellschaftliche Verhältnisse, in denen

Menschen nicht einfach aussortiert werden, wenn sie keinen Profit mehr bringen.

Henning Mächerle

Fortsetzung von Seite 1: **„Gesichert Rechtsextreme“ – oder Wie man den Teufel mit dem Beelzebub austreibt**

tische Positionierung: rechts die Interessenvertreter der Reichen, auch „Arbeitgeber“ genannt, links die der Armen, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, auch „Arbeitnehmer“ genannt. Das war auch im Bundestag der BRD so.

Allerdings vertreten heute alle maßgebenden Parteien – einschließlich Grünen und seit ihrem Godesberger Programm auch die SPD – eine rechte Politik, je rechter umso rigoroser, weswegen die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer und immer mehr werden.

Und die AfD? Sie will nichts anderes: Sie ist gegen Mindestlohn und Erbschaftssteuer; sie ist für Hochrüstung und Wehrpflicht. Auch der Unterschied zwischen „Ausländer raus“ (AfD) und „dichte Grenzen und

Abschiebung in großem Stil“ (die neue und alte Bundesregierung) ist nur minimal.

In einem Punkt unterscheidet sich die AfD von den anderen Parlamentsparteien: Sie ist derzeit gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und für Verhandlungen mit Russland. Damit ist sie gleicher Meinung wie ein wachsender Teil der Bevölkerung, der nicht einsieht, warum für Krieg und Kanonen Abermilliarden ausgegeben werden, während für Rente, Bildung, Pflege u.a. immer weniger übrig bleibt und der seine Kinder nicht in den Krieg schicken will.

In diesem Gemenge hat die AfD ihre Anhänger rekrutieren können. Und den Herrschenden ist es gelungen, sie zum Hauptfeind zu stilisieren und die Wut auf die AfD zu len-

ken – was bei deren Rhetorik nicht schwerfiel.

Und so kommt es, dass andere „gesichert Rechtsextreme“ wie die Kiesewetters (CDU), Strack-Zimmermanns (FDP), Baerbocks (Grüne) und Pistorius' (SPD), die sich keinen Deut um die Bedürfnisse der armen Menschen scheren, und deren Ziele sich nur in Nuancen von denen der AfD unterscheiden mit tausenden ehrlichen empörten Menschen gegen „rechts“, gegen die AfD demonstrieren. Nebenbei rückt der nächste (Welt)-Krieg näher.

Der Bankier Abs hatte Hitler geraten, die Sowjetunion zu erobern, weil damit auch alle Schuldenprobleme gelöst werden könnten. Dieser fatale Traum hat anscheinend noch immer – oder wieder – Anhänger.

Erika Beltz

Uniklinikum: Rhön AG will mehr Profit

„Damals konnte man ja nicht wissen, dass die Gewinne machen wollten.“ – mit dieser denkwürdigen Ausrede begründete die damalige Wissenschaftsministerin Kühne-Hermann bei einer Diskussion im UKGM den Verkauf der Kliniken an die Rhön AG. Ihr Chef, Ministerpräsident Roland Koch, wusste sicher genau, dass er mit seiner großzügigen Verschleuderung von Staatseigentum den Käufern saftige Gewinne zuschusterte.

Wie groß die Bedeutung von Profiten für die Rhön AG ist, gab sie jetzt wieder mal deutlich zu erkennen. 7,3 Mio. Euro Gewinn im ersten Quartal reichen nicht aus, um das Jahresziel von mindestens 110 Mio. Euro zu erreichen. Alle Rhön-Kliniken, die weitaus größte davon ist das Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM), wurden aufgefordert, den Gewinn deutlich zu erhöhen.



Vorgeschlagen wurden Stellenbesetzungssperren, Steigerung der stationären und ambulanten Leistungen und Senkung der Sachkosten. Das heißt noch mehr Arbeitshetze für das Personal, schnellere Abfertigung der Patienten, schlechteres Essen, schlechtere Hygiene, Knauserigkeit beim Verbrauchsmaterial. Die Geschäftsleitung des UKGM klagt immer wieder über zu wenig Geld vom Land Hessen. Die

offen zur Schau gestellte Profitgier der Rhön AG zeigt, wo das Geld hinkäme – auf die Konten der Aktionäre.

Die Profitorientierung im Gesundheitswesen schadet allen – dem Klinikpersonal, den Patienten und der Gesellschaft. Alle Krankenhäuser gehören wieder in die Verantwortung der öffentlichen Hand oder gemeinnütziger Träger.

Gernot Linhart



Antrag der DKP im Gießener Stadtparlament

Martina Lennartz (DKP) stellte im Ausschuss für Soziales, Wohnen und Integration den Antrag zu einer Entwicklung eines Konzepts zur nachhaltigen Instandhaltung, einer zügigen Reparatur und Schaffung neuer Spiel-

räume (Spielplätze) in Gießen. Dem ersetzenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion „Der Magistrat wird gebeten in der Sitzung des Sozialausschusses im September 2025 darzulegen, wie aktuell Zu-

stand und Anzahl der Spielplätze in Gießen sind und welche Veränderungen in welcher Priorität er für die Zukunft plant.“ wurde einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Wright jetzt Kommunist?

„Wer Lachgas in Gießen zukünftig an Minderjährige verkauft, muss mit einem Bußgeld von 5000 Euro rechnen. Das besagt eine geplante Verordnung, die Jugendliche vor den Folgen der Partydroge bewahren möchte.“ So konnte man es in der Gießener Allgemeinen am 15.5. lesen. Ausgiebig zitiert wurde u. a. Bürgermeister Alexander Wright (Grüne), der die Gefahren der Partydroge schilderte und eine Magistratsvorlage ankündigte, die deren Abgabe an Jugendliche mit einem Bußgeld belegen soll.

Das ist sehr lobenswert, aber war da nicht etwas? Richtig, am 27.2. stellte Martina Lennartz

(DKP) einen Antrag, durch den die Abgabe von Lachgas an Minderjährige verhindert werden sollte. Dieser wurde allerdings abgelehnt, obwohl die Argumente dafür sich nicht verändert haben.

Ist Bürgermeister Wright nun also heimlicher Kommunist geworden? Oder kann es sein, dass er und die seinen bekannte Drogenprobleme lieber ein Weilchen ignorieren, bis er sie sich auf die eigene Fahne schreiben kann?



„Masterplan Kommunale Sicherheit“ – Aktionismus ohne Ursachenforschung

Der Gießener Magistrat legt eine Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung vor. Bereits im Februar diesen Jahres wurden die ersten Informationen über den „Masterplan Kommunale Sicherheit“ bekannt. Da war der Schwerpunkt der Einsatz von Bodycams und mehr Videoüberwachung im städtischen Raum. Ausgangspunkt für den Einsatz sind die sogenannten Angsträume. Der Leiter des Ordnungsamtes Steiß und Bürgermeister Wright erklärten, so könne man nun auch sogenannte Angsträume einfacher mit Videokameras überwachen. Dazu reiche der Nachweis, dass bestimmte Orte Unsicherheiten bei den Passanten auslösten. Gießen folgt hier einem bundesweiten Trend, mit mehr Vi-

deoüberwachung Kriminalität zu bekämpfen. Allerdings sind die Ergebnisse doch sehr ernüchternd. So sagt das BKA: „Videoüberwachung kann Ermittlungen erleichtern, nicht aber Kriminalität systematisch verhindern“. Gleichzeitig werden immer größere Bereiche des öffentlichen Raumes überwacht. An dieser Stelle scheint der sonst überall präsente Datenschutz nur noch von geringer Bedeutung. Ursachenforschung kommt bei der Vorstellung des „Masterplans“ nicht vor. Die Armut in der Stadt und im Landkreis Gießen hat in den letzten Jahren spürbar zugenommen. Etwa jeder zehnte Einwohner im Landkreis Gießen ist armutsgefährdet (seit 2021 + 5,4%). Im Landkreis Gießen sind 9,1% der

Einwohner auf Bürgergeld (Grundsicherung) angewiesen. Das ist die höchste Quote in Hessen. In der Stadt Gießen lebt jedes vierte Kind unter 15 Jahren von Bürgergeld. Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Armut und der Zunahme von Kriminalität. Dazu gehören vor allem die Bereiche Drogen, Diebstahl und Gewalt. Wichtige Faktoren für die Armut sind: der Verlust von Industriearbeitsplätzen, kaum bezahlbarer Wohnraum und geringe Einkommen. Eine effektive Bekämpfung von Armut ist das beste – vor allem ein anhaltendes – Mittel für kommunale Sicherheit.

Henning Mächerle

München als Surfparadies lässig tödlich – und Gießen?

Wie OB Becher mitteilte, hat die Stadt keineswegs Pläne für den Bau eines „Surfparadieses“ für Yuppies an der Lahn als Marketing-Gag aufgegeben. Obwohl auf der Eisbachwelle in München vor einigen Wochen eine Surferin tödlich verunglückte und die Anlage gesperrt wurde, werden die Pläne in Gießen ausgeweitet. Weil eine

Konstruktion in der Lahn schwierig zu bauen ist, soll ein „Nebengerinne“ der Lahn ausgehoben werden. Solch ein Bau wäre ein bedeutender Eingriff in die Natur neben der Lahn. Spannend wird es zu erfahren, welche Meinungen und Ausreden die ewigen Jasager zu Plänen des Magistrats beizutragen haben, wie Naturschutzbehörden,

Umweltamt, Regierungspräsidium. Und woher soll das Geld fließen? In München gehört Surfen zum „lässigen Lebensgefühl“ „unbedingt dazu“, wie deren OB mitteilte, was die angrenzenden Nachbarn der Anlage bestreiten (BR, quer, „Münchens Surfer-Hotspot auf der Kippe“). Lärm, Flutlicht und Abfälle führen zur Empörung. M.B.

Damit Sport nicht zu Spott wird – Sportentwicklungsplan

Hurra, Gießen hat wieder einen Plan – einen Sportentwicklungsplan auf 250 Seiten. Von Gießen mit dem Marketing-Etikett „Sportstadt“ spricht schon seit Jahren niemand mehr. Viel zu offensichtlich sind die Mängel. Jetzt soll dieser Plan Schwung in die kaputte Hallen- und Sportplatzkultur bringen – zumindest verbal. Bis 2040 sollen 35 Mio. Euro ausgegeben werden – falls der Stadthaushalt und die Preissteigerungen es zulassen.

Man hätte viel Geld gespart, wenn die Stadtregierung die Vereine und Aktiven intensiv befragt hätte. Denn die kennen die Mängel. Und die meist ehrenamtlichen Vorstände haben sehr genaue Vorstellungen davon, welchen Weg sie einschlagen wollen. Vielleicht wäre dann auch ein Sofortprogramm mit eindeutigen Prioritäten herausgekommen, das in den nächsten Monaten abgearbeitet werden könnte.

Wir wünschen uns, dass der Plan

schnell verwirklicht wird. Hegen aber Zweifel, denn nicht einmal die Sporthalle der Liebigschule blieb in städtischer Hand. Der Bau wurde an die Baufirmen Weimer und Revikon verhökert und wird nun von der Stadt teuer angemietet. Die DKP wird in den nächsten Jahren darauf achten, dass unser Steuergeld für Sport, Gesundheit und Soziales statt für Bunker und Kriegstüchtigkeit ausgegeben wird.

M. Berger

Covid-Impfschäden – Gerichte sollen entscheiden

Am Gießener Landgericht läuft zurzeit ein Prozess gegen einen Produzenten von Covid-Impfstoffen. Geklagt hat ein Bürger, der direkt nach einer Impfung schwer erkrankte. Natürlich kann ein Jurist nicht entscheiden, ob die Impfung der Grund für die Erkrankung ist. Deswegen wurde der Prozess um mehrere Wochen vertagt. Ein Gutachter soll den Fall beurteilen. Andere nach einer Impfung Erkrankte verklagen den Staat. Dieser hatte die Impfung nicht nur dringend empfohlen, sondern nahezu erzwungen. In einigen Berufen gab es Impfpflicht, alle anderen waren ohne Impfung vom öffentlichen Leben weitgehend ausgeschlossen. Die Klagen gegen den Staat werden vor Sozialgerichten behandelt, in Hessen sind 184 solcher Prozesse anhängig. Die Verfahren dauern in der Regel sehr lange. Die Urteile werden von den Beklagten selten akzeptiert, wenn



sie zu ihren Ungunsten ausfallen. Sie gehen in Berufung. Für die Betroffenen ist das belastend, sie bräuchten eigentlich sofortige Hilfe.

In Deutschland wurden fast alle Bürger bis zu fünfmal geimpft. Dass es bei so vielen Impfungen auch zu Impfschäden kommt, ist nicht ungewöhnlich. Ein direkter Zusammenhang von Impfung und Erkrankung ist meist nur schwer nachzuwei-

sen. Es gibt nur wenige Folgen, die offiziell als Impfschäden anerkannt werden, z. B. Herzmuskelentzündung. Da es Tausende von Fällen gibt, ist es unverständlich, dass jeder Einzelfall vor Gericht gebracht werden muss. Es gab einen gesellschaftlichen Zwang zur Impfung, deswegen sollte auch der Umgang mit schädlichen Folgen als gesellschaftliche Aufgabe angesehen werden. Alle möglichen Folgeerkrankungen müssten erfasst und gründlich erforscht werden, um möglicherweise kommende Impfungen sicherer zu machen. Die Pharmakonzerne haben Milliarden an der Pandemie verdient. Ein Teil der Profite müsste dafür eingesetzt werden, die Forschung zu finanzieren und allen Geschädigten zu helfen. In der kapitalistischen Gesellschaft ist das leider kaum durchzusetzen.

Gernot Linhart

Mieten in Gießen

Hunderte Studenten stehen auf einer Warteliste für einen Wohnheimplatz, Tausende warten auf eine Sozialwohnung. Trotzdem sieht der Sozialdezernent Francesco Arman (ehem. Linke, jetzt SPD) keinen angespannten Wohnungsmarkt. Die Wohnungssuchenden sehen das wohl anders. Eine niedrige Durchschnittsmiete nützt ihnen nichts, wenn die Mieten für die wenigen noch angebotenen Wohnungen deutlich höher sind. Es wird behauptet, die in Online-Portalen verlangten Mieten seien nicht repräsentativ,

da die meisten Wohnungen durch Mund-zu-Mund-Propaganda vergeben würden. Gerade das ist aber ein Zeichen für eine angespannte Lage. Denn wer auf diesem Weg nichts über angebotene Wohnungen erfährt, schaut in die Röhre. Arman sieht auch keine Hinweise auf Mietwucher. Der Trick einiger Vermieter, winzige Appartements möbliert oder teilmöbliert zu sehr hohen Mieten anzubieten und dadurch Begrenzungen durch den Mietspiegel zu umgehen, ist ihm wohl entgangen. Wer in Internetportalen eine

günstige Wohnung anbietet, kann damit rechnen, innerhalb weniger Stunden mehr als hundert Anfragen zu erhalten. Die vom Sozialdezernenten genannten Zahlen von Neubauten an Sozialwohnungen in den nächsten Jahren liegen im einstelligen bis niedrig dreistelligen Bereich. Bei tausenden Suchenden ist das nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Statt die Lösung des Problems in Angriff zu nehmen, wird es einfach geleugnet.

Gernot Linhart



Roter Mai

Gut 40 Kommunistinnen und Kommunisten haben sich auf Einladung der DKP Gießen am 29. April zur Vormaifeier im Chamäleon getroffen. DGB-Sekretär Ulf Immelt sprach über die Deindustrialisierung in Mittelhessen und Deutschland, die SDAJ-Bundesvorsitzende Andrea Hornung stellte fest, dass höhere Produktivität nicht zu entspannterem Leben führe, sondern zu Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig nehme die Arbeitszeit derer zu, die Arbeit haben.

Die Veranstaltung wurde mit Musik von Achim Bigus und Niklas Freitag begleitet.

Ganzer Artikel unter: <https://www.unsere-zeit.de/tanz-in-den-mai-4803206/>



Schlachtfeld Ukraine



Hätte Mann/Frau 1993 das Buch des ehemaligen Sicherheitsberaters des US-Präsidenten Carter und „zweiten Mannes im Staat“ Zbigniew Brzezinski, „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ gelesen, wäre man nicht über den von der NATO angetriebenen Krieg zwischen der Ukraine und Russland überrascht gewesen. Russland zu schwächen und einen Keil zwischen Russland und China zu treiben war/ist das Hauptanliegen der US-Regierungen genau nach dem Fahrplan Brzezinskis.

Mit enormem historisch-politischem Wissen und Klassenbewusstsein analysierte der Militärgeschichtler **Lothar Schröter** „die Wurzeln, die Akteure“ und schließlich die aggressive Rolle der NATO in diesem Konflikt. Vom faschistischen Maidan-Putsch 2014 gegen die gewählte Regierung Jaunukowitsch, die

sich nicht gänzlich von der EU vereinnahmen lassen wollte über den aufkommenden Faschisten-Sumpf der Banderisten bis hin zu den von Merkel zugegebenen Pseudo-Friedensgesprächen von Minsk I und II verfolgte Schröter die westliche geopolitische Strategie. Lothar Schröter ist Autor des Buches „Der Ukrainekrieg – Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO“ im Eulenspiegel-Verlag.

Arno Schölzel schreibt in der UZ zu dem Werk: „Hier sei vorhergesagt: Dieses Buch wird einmal eines der bedeutsamsten Nachschlagewerke zum Ukraine-Krieg sein und ist es bereits jetzt. Allein schon die 680 Anmerkungen zu Quellen, die Bibliografie und das Personenregister machen es zu einem Musterfall guter alter Wissenschaftsschule.“

Im Anschluss seines Vortrags fand eine lange und angeregte Diskussion der 50 Teilnehmenden unter der Moderation von Henning Mächerle statt.

Mario Berger



Goebbels ist tot, aber seine Propaganda lebt!

Das Bild ist wieder allgegenwärtig in den mittlerweile fast vollständig gleichgeschalteten Medien: Die plündernden, brandschatzenden und vergewaltigenden slawischen Horden fallen über das friedliche zivilisierte Abendland her. Die Berichterstattung über den Ukraine-Krieg hat überwunden geglaubte rassistische Klischees wieder hervorgeholt und Generationen später fallen sie erneut auf fruchtbaren Boden.

Der Ton ist freilich ein anderer geworden. Rassenhass und Hetze kommen in Tagesschau, FAZ und Zeit wesentlich gefälliger und angenehmer daher, kein Gebrüll mehr aus den Lautsprechern. Die hassstriefenden Karikaturen und Schlagzeilen vom „ostischen Untermenschen“ haben ausgedient, dadurch mag der eine oder andere glauben, es habe sich Grundlegendes geändert. Der Begriff „Rasse“ ist verpönt, stattdessen wird das absolut Böse

auf Einzelpersonen projiziert, „der Putin“, die der Hölle entstiegene Inkarnation des leibhaftigen Satans, will angeblich vergangene Imperien wieder errichten, wahlweise das Zarreich oder die UdSSR.

Aus purer Bosheit überfiel er die „freiheitlich-demokratische“ Ukraine, nur weil ihr Volk sich der „westlichen Wertegemeinschaft“ anschließen wollte. Die umfangreichen neofaschistischen Umtriebe, Fackelmärsche in Lemberg und Kiew mit NS-Fahnen neben NATO-Fahnen, die Pogrome des „Euro-Maidan“, der lange Bürgerkrieg gegen die russischsprachige Bevölkerung des Ostens mit 14.000 Toten werden als russische Propaganda abgetan. Kein Wort davon, dass die Swoboda-Partei in Lemberg ein „Joseph-Goebbels-Institut“ unterhielt, das sie erst auf Wunsch ihrer westlichen Sponsoren später umbenannte.

Stattdessen wird das Bild der vorgeblichen russischen Bedrohung gezeichnet, ein sehr altes, weit über 100 Jahre altes.

Und in zwei, oder wahlweise auch in vier Jahren, wird „der Putin“ beginnen, die militärisch überlegenen europäischen NATO-Staaten zu überrollen. Dies soll als Rechtfertigung dafür dienen, dass die Kriegsfalken in Großbritannien, Frankreich, BRD und Polen den Krieg bis zum letzten Ukrainer zu führen entschlossen sind. Denn die russische Bedrohung ist erst beseitigt, wenn Russland maximal geschwächt ist. Dass die Zerschlagung Jugoslawiens durch die NATO in den 1990er-Jahren die Blaupause ist für das, was die westliche Wertegemeinschaft mit Russland vorhat, bleibt dabei ungesagt. US-Politiker sind da deutlich ehrlicher.

Michael Drees

8. Mai 2025 – 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus in Gießen

Mit einer Kundgebung am Kugelbrunnen im Seltersweg feierten am 8. Mai DKP und VVN-BdA den 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjet-Armee. Mit internationalen antifaschistischen und Partisanenliedern und Reden von Henning Mächerle (DKP), Ulf Immelt (VVN-BdA) und dem Gießener Werner Ortmüller (Liebknecht-Friedenspreisträger von 1993, Initiator verschiedener Bürgerinitiativen für humane Stadtgestaltung) dankten wir den Befreier, den Völkern der Sowjetunion. Unsere Genossin Lena beleuchtete den historischen Hintergrund der Liedtexte. Unter dem Motto „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ und „Friedensfähig statt kriegstüchtig“ forderten über 50 Teilnehmende Freundschaft mit Russland und China.

Mario Berger

Erinnerungskultur – Wende à la Höcke



Für die Erinnerungskultur in Deutschland hat Höcke, Chefdemagoge der AfD, eine Wende um 180 Grad gefordert. Wenn es um die Rolle der Sowjetunion und der Roten Armee beim Sieg über den deutschen Faschismus geht, hat die Bundesregierung diese Wende längst vollzogen. Vertreter Russlands, des Rechtsnachfolgers der Sowjetunion, dürfen an Gedenkveranstaltungen nicht teilnehmen. Das Zeigen von Fahnen, sowohl Russlands als auch der Sowjetunion, wird verboten. Selbst Zeitungen, auf deren Titelseiten Fotos zu sehen sind, die solche Fahnen enthalten, werden von der Polizei beschlagnahmt. Lieder der Roten Armee dürfen nicht gesungen oder abgespielt werden, Orden und Uniformteile der damaligen Sowjetsoldaten dürfen

nicht getragen werden. Den Krieg haben angeblich vor allem die Westalliierten gewonnen. Die Sowjetunion wird in Reden, z. B. von Bundespräsident Steinmeier, als Besatzer geschmäht. Die Ehrenmäler und Kriegsgräber der Sowjetsoldaten würden Politiker von Grünen bis AfD gerne abreißen und einebnen lassen. Sie bedauern, dass das durch den 2+4-Vertrag vorerst noch verboten ist. Willkommen sind dagegen Vertreter aus der Ukraine. In diesem Land werden alle Erinnerungen an den Sieg der Sowjetarmee über die Faschisten getilgt. Stattdessen werden Ukrainer, die in SS oder Wehrmacht dienten oder anderweitig kollaborierten und sich aktiv am Holocaust beteiligten als Helden bezeichnet und mit Denkmälern und Straßenbenennungen geehrt.

Wer einen neuen Krieg gegen Russland vorbereitet, muss die Erinnerung an den letzten natürlich verfälschen. Zum Glück gibt es noch viele Menschen, die diese unwürdige Geschichtsverfälschung nicht mitmachen.

G.L.

Kriegstüchtigkeit – eine deutsche Sucht

„Ich stelle folgende Aufgaben:

1. Die deutsche Armee muss in vier Jahren einsatzfähig sein.
2. Die deutsche Wirtschaft muss in vier Jahren kriegsfähig sein.“

Das könnte ein Zitat aus einer Rede des Verteidigungsministers Pistorius (SPD) oder einer Regierungserklärung von Kanzler Merz (CDU) sein. Es stammt aber aus einer Denkschrift, die Adolf Hitler 1936 zu einem Vierjahresplan verfasste. Zu dieser Zeit klagte er auch über einen angeblich im deutschen Volk verbreiteten Pazifismus. Auch das klingt sehr gewöhnlich.

Die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg sind vergessen und damit die einst beschlossenen Bekenntnisse zum Frieden. Das Grundgesetz enthält in Artikel 56 einen eindeutigen Verzicht auf Kriegsvorbereitungen, noch deutlicher ist die hessische Verfassung in Artikel

69. Im 2+4-Vertrag, der zum Anschluss der DDR und zum Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der DDR führte, verpflichtete sich Deutschland nie wieder feindliche Aktionen gegen die Sowjetunion zu unternehmen – was natürlich auch für deren Rechtsnachfolger Russland gilt. Gegen diese Verpflichtung hat Deutschland schon mit seiner Zustimmung zur Osterweiterung der NATO verstoßen, ebenso mit der Einrichtung einer NATO-Kommandantur in Rostock und der Verlegung einer Bundeswehreinheit nach Litauen. Nicht erst ein Angriff, sondern schon die Stationierung von Truppen und Angriffswaffen in die Nähe einer Grenze kann als feindlicher Akt gewertet



werden.

Kriegstüchtigkeit wurde im Kaiserreich und von den Nazis angestrebt. Wer den (schon nicht ganz unverdächtigen) Begriff Verteidigungsfähigkeit durch Kriegstüchtigkeit ersetzt, gibt damit eine Gesinnung zu erkennen. Er will Krieg nicht vermeiden, sondern gewinnen.

Mehrere zurzeit stattfindende Kriege zeigen, dass jeder Krieg schreckliche Folgen hat, sein Verlauf ist nicht planbar. „Nichts ist wichtiger als der Frieden“ – dieser Satz aus der Zeit des Kalten Krieges ist nach wie vor gültig. Diejenigen, die diese Wahrheit als nicht mehr zeitgemäß verhöhnen, müssen rechtzeitig gestoppt werden.

Gernot Linhart



Panzerbrigade 45 Litauen

Am 22.5.2025 erfolgte der Aufstellungsappell der Panzerbrigade 45 des Heeres der Bundeswehr in Litauen. Bundeskanzler Merz (CDU) war mit Verteidigungsminister Pistorius (SPD) vor Ort, auch der hessische Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) gab sich die Ehre.

Merz zeigte dann auch gleich überragende Geografiekenntnisse. In seiner Begeisterung für die „neue Ära“ der Bundeswehr, die er zur "konventionell stärksten Armee Europas" machen will, verkündete er: „Das ist dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärksten Land Europas angemessen.“ Russland und die Türkei haben mehr Einwohner als Deutschland, zählen aber wohl

laut dem sauerländischen Geografiewissen nicht zu Europa.

Der erste dauerhaft im Ausland stationierte Großverband der Bundeswehr – lediglich 30 km von der Grenze zu Belarus entfernt – umfasst 4.800 Soldaten und 200 Zivilangehörige, darüber hinaus Zivilkräfte für Heeresinstandsetzungslogistik, Bundeswehr-Fuhrpark und Begleitungsmanagement u. a. Für deren Familien gibt es dort Wohnheimunterkünfte, für die Kinder werden Kindergärten und Schulen in Kaunas und Vilnius bereitgestellt.

Hessens Ministerpräsident übernahm bei dem Appell auch die Aufgabe zu erläutern, warum Straßen,

Brücken und Schienen in Deutschland saniert werden müssen. Dies sei nötig, um Einheiten und militärisches Gerät quer durch Europa transportieren zu können.

H.R.

Artikel 69 der hessischen Verfassung:

- (1) Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.
- (2) Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

6. bis 9.6.:

Festival der Jugend im Volkspark Bottrop

Di. 10.6. um 18 Uhr:

Lesekreis bei Henning

Do. 12.6. um 18 Uhr:

Bildungsabend – Ort bitte erfragen

Sa. 14.6. um 14 Uhr:

Für einen Hesttag ohne Militär; Demonstration, Bahnhof Bad Vilbel; Abfahrt GI Bhf: 12:32 Uhr



Für einen Hesttag ohne Militär

Keine Waffenschau beim Hesttag!
Keine Kinder auf Panzern und Kampffjets!
Ein Hesttag für Frieden und Völkerverständigung!

Demonstration und Kundgebung
14. Juni 2025, 14 Uhr, Bahnhof Bad Vilbel

Bündnis Friedlicher Hesttag

Mi. 18.6. um 19 Uhr:

„Zeitenwende“ – Ein Frontalangriff auf die Interessen der Beschäftigten; Vortrag mit Ulrike Eifler, Mohrunger Stuben Kongresshalle

Di. 24.6. um 19 Uhr:

Leningrader Blockade, Vortrag und Diskussion mit Gert Meyer, Gruppenraum 1 im Bürgerhaus Wieseck

Mi. 25.6.:

Redaktionsschluss Juli-Echo

Do. 26.6. um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen – Ort bitte erfragen

Fr. 27.6. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 16.8. ab 15 Uhr:

Sommerfest der DKP Gießen

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** kämpften Mieter der Gießener Wohnbau gegen drastische Mieterhöhungen. In den Siedlungsgebieten Eulenkopf, Margarethenhütte und Leimenkauer Weg bildeten sich Mieterräte. Die Wohnbau wollte mit den Mietern nur einzeln verhandeln. Sie behauptete, die Mieter seien von Kommunisten aufgehetzt worden. Wegen hoher Mieten für schlechte Wohnungen ging der Protest aber von den Mietern selbst aus. Die DKP unterstützte ihre Aktionen.



Vor **40 Jahren** wurden der hauptamtliche Stadtrat Wolf und der Bürgermeister Thomas (beide CDU) vom Stadtparlament abgewählt. Der OB-Kandidat der SPD, Manfred Mutz, vermied es, die Abwahl politisch zu begründen. Nur die damals noch „linken“ Grünen benannten die bürgerfeindliche Politik des CDU-Magistrats. Die Friedenliste war wegen der damals noch gültigen undemokratischen 5%-Klausel nicht im Stadtparlament vertreten, sonst wäre die Kritik am abgewählten Magistrat noch deutlicher ausgefallen.



Vor **30 Jahren** sparte die hessische

Landesregierung aus SPD und Grünen vor allem im Sozialbereich. Die Mittel für Drogenhilfe und Drogenberatung wurden um 20% gekürzt. In Gießen fielen deswegen zwei Stellen für Sozialarbeiter weg. Langfristig kosten solche Kürzungen viel mehr als die eingesparten Summen.



Vor **20 Jahren** fehlten landesweit Ausbildungsstellen für Schulabgänger. In vielen Städten und Kreisen gab es nicht einmal für jeden zweiten Jugendlichen einen Ausbildungsplatz. Damals hätten die heute fehlenden Fachkräfte ausgebildet werden können.



Vor **10 Jahren** verfasste der Marburger Betriebsrat des privatisierten Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) einen Brandbrief an Ministerpräsident Bouffier. Die Arbeitshetze in den Kliniken wurde immer schlimmer. Bouffier fragte daraufhin ausgerechnet die Geschäftsleitung der Rhön AG, Eigentümerin des UKGM, ob die Klagen berechtigt seien. Seine Antwort an den Betriebsrat war dann zu großen Teilen direkt von der Webseite der Rhön AG abgeschrieben.

Wir gratulieren herzlichst unserer Genossin



Bärbel Grünewald
* 10.6.1965
zum **60. Geburtstag**



Wir wünschen dir alles Gute, Gesundheit, Kraft und Mut für den anstrengenden Friedenskampf, für deine Aktivitäten in den Parteigruppen und dein bundesweites Engagement in der Partei. Wir schätzen deine seit Jahrzehnten ungebrochene Zuverlässigkeit, deine Treue und Beharrlichkeit.

Deine Genossinnen und Genossen der DKP Gießen

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo / DKP Gießen Postfach 110340 35348 Gießen oder E-Mail: giessen@dkp.de Internet: www.giessen.dkp.de

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****